

# „Die Politik ist gut beraten, auf die Ärzte zu schauen!“

**Aufreibende Schichtdienste, ausufernde Bürokratie, steigender Arbeitsdruck: „Kein Wunder, dass immer mehr Ärzte die Nase voll haben“, zeigt Dr. Peter Niedermoser, Präsident der Ärztekammer für OÖ, auf. „Die Politik ist gut beraten, auf die Ärzte zu schauen!“**

Alarmsignale seien, dass Ordinationen nicht mehr nachbesetzt werden könnten und es immer mehr Ärzte ins Ausland ziehe. Gefahr ist in Verzug: Um die Versorgung der Patienten nachhaltig zu sichern, braucht es deutlich bessere Bedingungen für die Ärzte und eine Kehrtwende in der Gesundheitspolitik.

**Hausapotheken erlauben.** „Wenn jemand am Wochenende 40 Grad Fieber hat, muss er sich das vom Hausarzt verschriebene Medikament selber von der Apotheke holen“, schildert Dr. Wolfgang Ziegler, Vertreter der Hausärzte. Denn das Gesetz verbietet es den Ärzten weitgehend, Hausapotheken zu führen und Medikamente abzugeben. „Für einen Arzt ist eine Hausapotheke außerdem eine wichtige Grundlage für eine Praxisgründung“, ist Dr. Ziegler überzeugt und fordert die Beseitigung rechtlicher Hürden.

**Gerechte Honorare** für längere Öffnungszeiten. Die meisten Landärzte öffnen ihre Ordinationen zum Vorteil der Patienten auch an Abenden und Wochenenden. Doch Überstundenentgelt oder Zuschläge

gibt es dafür nicht. Es braucht aber leistungsgerechte Honorare für die hohe Arbeitsbelastung, denn auch für Jungärzte soll eine Ordination eine attraktive Alternative sein.

**Familienfreundliche Bedingungen.** Durch Nacht- und Wochenenddienste sind Landärzte stark belastet. Familie und Beruf sind für Ärztinnen – und für Ärzte – kaum unter einen Hut zu bekommen. „Es



*Oberösterreichs Ärztinnen und Ärzte arbeiten engagiert – aber sie brauchen bessere Arbeitsbedingungen.*

braucht flexible Formen von Bereitschaftsmodellen und der Ärzte-Zusammenarbeit, um geregelte Arbeitszeiten zu erreichen“, fordert Dr. Thomas Fiedler, Obmann der niedergelassenen Ärzte.

**25 statt 32 Stunden.** Allerorts wird heftig diskutiert, ob man denn statt 10 auch 12 Stunden am Tag arbeiten dürfe. Doch wer spricht von 32 Stunden durchgehender Arbeitszeit? Ausgerechnet Spitalsärzten, die ein Höchstmaß an Verantwortung tragen, mutet man das in Oberösterreich noch zu. Dieser Anachronismus gehört sofort beseitigt – und die Maximalarbeitszeit auf maximal 25 Stunden reduziert!



Dr. Peter Niedermoser, Präsident Ärztekammer für Oberösterreich

„Wenn die Politik schon bei der Gesundheit spart, soll sie den Patienten keinen Sand in die Augen streuen und behaupten, dass alles besser wird. Das Gegenteil ist der Fall.“



Foto: Laessler

**Assistenten für Dokumentation.** Die ausufernde Bürokratie bekommen Oberösterreichs Spitalsärzte besonders zu spüren, noch viel mehr als 2003 und deutlicher als im Österreich-Schnitt. Das zeigt eine Erhebung. Unglaublich: Junge Turnusärzte müssen fast die Hälfte ihrer wertvollen Zeit für Dokumentation vergeuden, Fachärzte sitzen mehr als ein Drittel ihrer Arbeitszeit vor dem Computer, anstatt für



*Permanenter Zeitdruck: Die oberösterreichischen Spitalsärzte pfeifen aus dem letzten Loch.*



*Werden die Arbeitsbedingungen der Landärzte nicht verbessert, wird es in Zukunft kaum möglich sein, Nachfolger für freie Stellen zu finden.*

die Patienten da sein zu können. Und das in einem Land, in dem ständig von moderner Verwaltung und Bürokratieabbau gesprochen wird. Spitalsärzte-Vertreter Dr. Harald Mayer: „Es ist höchste Zeit, dass eigens ausgebildete

Dokumentations-Assistenten diese Aufgaben übernehmen!“

#### **Entlastung älterer Mediziner.**

Bestens ausgebildete Jungärzte sind ein Gebot der Stunde. Ältere Mediziner könnten ihren reichen

Erfahrungsschatz idealerweise an jüngere Kollegen weitergeben. Sonst geht viel Wissen verloren. „Also sollten ältere Spitalsärzte von den anstrengenden Schichtdiensten entbunden und ohne Entgeltverlust für die Ausbildung des Mediziner-nachwuchses eingesetzt werden“, fordert Dr. Harald Mayer.

**Verpflichtende Lehrpraxis.** Für die Ausbildung zum Allgemeinmediziner ist kein Praktikum in einer Ordination vorgesehen. Kein Wunder, dass sich immer weniger junge Ärzte für einen Beruf entscheiden, den sie nicht kennen. Dieses Manko muss behoben werden – durch ein verpflichtendes, einjähriges Lehrpraktikum, das wie in vielen Ländern Europas von der öffentlichen Hand finanziert wird. Dafür ist es höchste Zeit: Einige Arztpraxen in Oberösterreich können nicht mehr nachbesetzt werden, Tendenz steigend!

## Ist der „Doktor“ einmal weg ...

**Von Dr. Wolfgang Ziegler, Kurienobmann der niedergelassenen Ärzte bei der Ärztekammer für OÖ und Hausarzt mit einer Praxis in Kremsmünster.**

Es ist ruhig geworden im Dorf. Den Greißler gibt es schon lange nicht mehr. Der Polizeiposten ist vor Jahren abgewandert. Das Postamt hat vor kurzem dicht gemacht. Und den „Doktor“ wird es bald auch nicht mehr geben. Ein übler Scherz? Oder bloß Schwarzmalerei? Mitnichten, sondern traurige Realität! In einigen Gemeinden Oberösterreichs können Ordinationen nicht mehr nachbesetzt werden, die Tendenz steigt. Denn die Bedingungen für einen jungen Mediziner,

als praktischer Arzt oder Facharzt in einer Ordination zu beginnen, sind schlechter denn je.

#### **Mangel an Landärzten**

Die Politik macht den Ärzten seit langem das Leben schwer. Sie ignoriert, dass es immer mehr ältere Patienten gibt, für die der Arzt einfach mehr Zeit braucht. Kosten darf das aber nichts. Sie beschließt zwei Spitalsreformen, die bewirken, dass der Patient früher aus dem Krankenhaus entlassen wird, missachtet aber, dass dadurch die Nachsorge beim Hausarzt steigt. Der macht das gerne, aber nicht zum Nulltarif. Und der Gipfel schlechthin: Sie verordnet ein Sparpaket bis 2016, zu dem die Ärzte in den Ordinationen 40 Prozent beitragen sollen, obwohl diese an der überinflationären



Foto: Satorl

Dr. Wolfgang Ziegler

Kostensteigerung im Gesundheitswesen absolut keinen Anteil haben. Ganz zu schweigen davon, dass Arbeitszeiten für Hausärzte alles andere als familienfreundlich sind. Ganz zu schweigen davon, dass es für sie das Wort „Überstunden“ nicht gibt und demnach keine Zuschläge bezahlt werden. Keiner anderen Berufsgruppe würde man das zumuten. Ist der „Doktor“ einmal weg, kommt er nicht mehr so schnell wieder. Das müsste doch die Politik längst aus dem Greißlersterben gelernt haben, oder?